

Die Große Unterbrechung

Editorial

Das vorliegende Heft ist ein Produkt der vom Covid-19-Virus erzwungenen Heimarbeit als Notbehelf anstelle der ihm zum Opfer gefallenen Jahrestagung des InkriT: *Wege zu einer ökologischen Produktionsweise?* Es kann den lebendigen internationalen Gedankenaustausch nicht ersetzen und bescheidet sich damit, Anstöße zu geben. Die Vielschichtigkeit der Problematik legt es nahe, wenigstens im Ansatz die von uns in den letzten fünf Jahren begonnenen theoretischen Reflexions- und Rekonstruktionsprojekte¹ in der konkreten Analyse zusammenzuführen.

I.

Die Covid-19-Krise hängt wie ein Schleier über der Szene. Eben noch besetzten die Schüler- und Studentenstreik-Demonstrationen die Bildfläche und setzten die Zeiger der Zeit auf die Krise unserer Biosphäre. Wie weggewischt scheint der Eindruck, den die weltöffentlichen Auftritte Greta Thunbergs gemacht hatten. Und unsere mit einem Begriff Antonio Labriolas formulierte, auf praktische Widerlegung hoffende Frage, ob es sich bei den Fridays for Future (FFF) um eine »meteorische« Bewegung handle, die vorbeizieht, oder um eine »aufsteigende«, die »die Welt ändert« (DA 332/2019), droht sich im Selbstlauf negativ zu beantworten. Die Erfahrung spräche dafür: »Eigentlich ist seit langem klar: Digitale Kommunikation schafft keine belastbaren Bindungen, wie die Twitter-Revolution in Iran, die Facebook-Revolution in den arabischen Ländern oder die Occupy-Proteste gezeigt haben, die alle einmal als neue digitale Sammlungsbewegungen galten, denen kein Mächtiger mehr standhalten würde. Auch die Liquid Democracy der Piratenpartei hatte ein kurzes Leben.« (Thomas Thiel, »Wer nicht da ist, kann auch nicht stören«, FAZ, 23.5.20)

Noch wissen wir es nicht. Aber eines wissen wir mit Sicherheit, dass der durch die herrschende kapitalistische Produktions- und Reproduktionsweise des humangesellschaftlichen Lebens hervorgerufene naturgesetzliche Klimawandel, den die FFF in neuer Dringlichkeit auf die globale Tagesordnung gesetzt hatten, sich ungeachtet des Corona-Ausnahmestands bemerkbar machen und – wenn der Corona-Schleier sich verzieht – auf die politische Bühne zurückkehren wird, womöglich mit dem während der erdweiten Großen Unterbrechung beträchtlich verringerten CO₂-Ausstoß als Bezugsgröße. Dort warten freilich die ökonomischen Coronafolgen, über deren politische Krisendynamik im Zeichen explodierender Massenarbeitslosigkeit rund um den Globus wir nur spekulieren können. Die Aufhetzung der von den

1 Vgl. unterm Gesichtspunkt ihrer Interdependenz v.a. die Heftthemen »Widersprüche des Hightech-Kapitalismus« (311/2015), »Mensch-Natur-Verhältnisse« (313/2015 u. 315/2016), »Zur Dialektik der ›Flüchtlingskrise‹« (318/2016), »Philosophie der Praxis« (322/2017 u. 326/2018) und »Krise des Politischen« (323/2017 u. 328/2018).

Schutzmaßnahmen Betroffenen zum (bewaffneten) Widerstand durch Staatschefs wie Trump in den USA oder Bolsonaro in Brasilien oder der in Spanien von der Vox-Partei angeheizte faschistoide Aufstand gegen die seuchenpolitischen Maßnahmen der Linksregierung geben einen Vorgeschmack des Möglichen. Die eigentliche Bewährungsprobe für eine zukunftsfähige Politik steht erst noch bevor.

Dass der Corona-Schleier des Weltausnahmestands verdeckt habe, was uns zuvor auf den Nägeln brannte, die *einen Zivilisationswandel erzwingende Krise der Mensch-Natur-Verhältnisse*, ist nur Oberflächenwahrheit. Denn mit dem *Zivilisationsstillstand*, den er erzwungen hat, sind die Anti-Coronamaßnahmen bereits bei der Sache selbst. Von Klimakrise zu sprechen, nimmt ja nur einen (zugegeben gewaltigen!) Teil fürs Ganze der Krise im Mensch-Natur-Verhältnis. Die Zusammenhänge sind viel vertrackter, als zunächst angenommen. Der vermeintliche Schleier ist nicht nur selbst schon bei der Sache, sondern er ist ein Akt jener Gesamtkrise der kapitalistischen »Menschheitsweise«. Der weltökologische Ansatz, der aus dieser nachdenkswerten Formulierung Gerda Roelvinks (»Rethinking Species-Being in the Anthropocene«, *Rethinking Marxism* 1/2013, 67) spricht und mit dem wir uns im thematischen Schwerpunkt dieses Hefts eingehend befassen, richtet den Blick darauf, dass wir mit unserer Zivilisation und Lebensweise nicht der Natur gegenüberstehen wie ein Täter dem Opfer, sondern dass »Natur« bei allem mitwirkt und dass, was wir Umwelt nennen, unsere – durch Kapitalismus in Natur und (auf andere Weise) Natur im Kapitalismus hervorgebrachte – Welt ist.

Stimmen wir, so redend, ein in den ideologisch wohlgeleiteten Chor derer, die »den Menschen« als solchen haftbar machen, indem sie unser Zeitalter-langer-Dauer auf den erdgeschichtlichen Namen des Anthropozän taufen? Es ist wahr, wie alle Menschen sind wir mit im Spiel, mitgefangen, mitgegangen. Als Konsumenten spielen wir mit. Aber in der Tradition marxistisch informierter kritischer Theorie halten wir an der Einsicht fest, in einem wirklichen Widerspruch zu stecken. Für »uns« sind die kapitalistischen Waren Lebensmittel; der kapitalistischen Betriebsweise der Ökonomie aber gilt unser Leben als Verwertungsmittel. »Zwischen beiden Standpunkten ist ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht, auch wenn sie wie diese miteinander zyklisch verbunden sind.« (*Kritik der Warenästhetik*, 1971/2009, 28) In den staatlichen Notmaßnahmen gegen die Pandemie, *soweit sie den Schutz menschlichen Lebens über den Schutz der Marktinteressen stellen*, ist dieser Widerspruch unter der Hand anerkannt, praktisch-faktisch. *Er muss aber begriffen, theoretisch erkannt werden, um zum praktisch-tatsächlichen Einschlagen eines gangbaren Wegs zu einer ökologischen Produktionsweise zu befähigen*. Schauen wir uns in der Politik um.

II.

Die Große Unterbrechung hat in kürzester Zeit viele Rechnungen durchkreuzt und neue Größen auftreten lassen, darunter auch die, für welche die Alltagssprache das nach Philosophie verlangende Wort »Unsummen« bereit hält. Rascher als der

Ruhm vergeht in solchen Momenten mitunter selbst der Schmach. Am Cover der Märznummer 2020 von *Sozialismus* lässt solche Vergänglichkeit sich am Beispiel des Merkel-Bildes ablesen: Auf einem von Rissen durchgezogenen Denkmalsockel zeigt es die Frau in Grau gezeichnete, in ihrer Körperlichkeit quasi verdunstende Bundeskanzlerin. In ihren Armen zerbröckeln die wuchtigen CDU-Initialen. Unter den zu Boden gehenden Brocken sieht man ihre winzige Nachfolgerin in freiem Fall.

Was in dieser Karikatur nachhallt, ist eine staatspolitische Krisensituation vom Februar 2020. Die Kanzlerin durchreiste Afrika, um Investitionen deutscher Unternehmen zu fördern, absent, wie es schien, in der deutschen Innenpolitik. Im Ernstfall aber meldete sie sich unverzüglich zurück. So im Februar 2020, als die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag mit der völkisch-faschistisch orientierten AfD-Fraktion zusammenwirkte, um die Wiederwahl des linken Ministerpräsidenten an der Spitze einer rot-rot-grünen Koalition deren Kooperationsangeboten zum Trotz zu verhindern. Damit war nicht nur ein Grundsatzbeschluss der CDU verletzt, sondern die Axt an eine aus der Zeit des Kalten Krieges stammende staatsideologische Legitimationsstruktur der Bundesrepublik gelegt: die Gleichsetzung Rot = Braun mit Koalitionsverbot nach beiden Seiten. Obgleich nicht mehr Parteivorsitzende, meldete Merkel sich aus Afrika mit einem öffentlichen »Das muss rückgängig gemacht werden« zurück. Beim Versuch, die Erfurter Fraktion zum Kurswechsel zu bewegen, scheiterte ihre Nachfolgerin und trat zurück angesichts der nur halbherzigen Rückendeckung seitens der Partei. Damit stand die Bundespolitik vor einer Aporie. Es ging weder mit noch ohne eine der beiden ausgeschlossenen Optionen. Zugleich realisierten alle Akteure zumindest hinter vorgehaltener Hand, einige namhafte auch öffentlich, dass die alte Herrschaftsklammer absurd geworden war. De facto gehörte die Linke längst zu den verfassungstragenden Kräften. Auf der einen Seite ein gut sozialdemokratisch regierender und weit über die Grenzen seiner Partei hinaus beliebter Ministerpräsident, auf der andern eine völkisch-nazistisch tendierende Partei mit offenen Grenzen zu verfassungsfeindlichen Organisationen in einer Zeit sich mehrender Morde aus dieser Richtung, den Staat direkt angreifend im Mord am hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) vom Juni des Vorjahres. Schließlich kam es zu einer verklausulierten Absegnung der Wiederwahl Bodo Ramelow's. Aber der Ruf der an diesem Komplott beteiligten Parteien CDU und FDP war am Tiefpunkt.

Keine zwei Monate später, im Moment der Niederschrift dieser Überlegungen, hatten Partei und Kanzlerin wieder aufgeholt an nationaler wie internationaler Statur, und auch ihre Nachfolgerin amtierte noch immer. Das erwähnte Titelbild der (im Übrigen gut gemachten) Märznummer von *Sozialismus* war Schnee von gestern. Gerade noch angezählt, innenpolitisch als »lahme Ente« traktiert, sonnte sich Angela Merkel in der Wählergunst und stand international da wie ein leuchtendes Vorbild.

Was war geschehen? Für das 2016 begonnene Abbröckeln ihrer Wähler- und schließlich auch ihrer Parteibasis scheint die Erklärung auf der Hand zu liegen. Auf dem Essener CDU-Parteitag vom Dezember 2016 hatte Merkel selbst den Weg für die gängige Phrase frei gemacht: »Eine Situation wie die des Spätsommers 2015 kann,

darf und soll sich nicht wiederholen«. In ihrem Munde war das ein Versprechen, gerichtet an ihre durch den von Angst und Ranküne angetriebenen Aufstieg der AfD panisch verunsicherte Partei. Seither wurde das, doch nun mehr und mehr im Ton des Vorwurfs, von anderen wieder und wieder nachgeplappert und verdichtete sich zunehmend zur Forderung eines Wechsels an der Parteispitze und im Kanzleramt. Die so reden, wissen nicht, was sie sagen. Es sei denn, sie lögen bewusst, um die Verunsicherten zu manipulieren. Was den Wirklichkeitsgehalt der Schuldzuweisung betrifft, könnten sie ebenso gut fordern, dass so etwas wie die 2019 rings um den Erdball verheerend lodernden Waldbrände oder so etwas wie die Coronakrise des Jahres 2020 »sich nicht wiederholen darf und soll«. Und warum nicht gleich fordern, dass die von letzterer losgetretene, in ihren weiteren Folgen noch unabsehbare Wirtschafts- und Finanzkrise gar nicht erst geschehen »darf und soll«?

2016 legten wir dar, dass Merkels entschiedenes Handeln von 2015 sich mit Begriffen der *praktischen Dialektik* beschreiben lässt: Die Realdialektik des Großgeschehens war nicht aufzuhalten; Merkel musste erreichen, dass die Welle nicht über ihr und dem demokratischen Rechtsstaat zusammenschlug; dass sie sich entschloss, auf der Welle zu surfen, bot ihr die Möglichkeit, in einem Akt praktischer Dialektik die gefährliche Energie zur Triebkraft umzufunktionieren, um der Gefahr zu entgehen. Es gelang ihr, die vielberufene Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Übern Daumen gepeilt kann man sagen, dass über 10 Prozent der Deutschen sich praktisch-tätig in der Flüchtlingshilfe engagierten. Das sind etwa ebenso viele, wie im Bundesdurchschnitt die AfD wählten. Aber der Agitation der letztgenannten hatte sie das Motivmaterial geliefert. Das Spiel der Gegensätze kennt kein Ende. Der Beamtenapparat musste lernen, mit gesellschaftlicher Selbsttätigkeit auf öffentlichen Betätigungsfeldern zu kooperieren. Sein Trott wurde gestört. Unsere Analyse endete mit den Worten: »Aber sie wird das Land fähiger gemacht haben, auf dem innerkapitalistischen Weg einer im atlantischen Block ›führend-subalternen‹, industriell-exportorientierten Mittelmacht fortzuschreiten. Eine begriffslose Ahnung davon, dass diesem Weg die verbleibende mögliche Geschichtszeit zerrinnt, mag eine Quelle der aus Angst- und Ohnmachtsgefühlen gespeisten Wutwelle sein, der zu begegnen und so die Initiative zu behalten es eines noch nicht absehbaren neuen Schachzugs praktischer Dialektik bedürfte. Doch in diesem Spiel der Gegensätze hängen die Zugmöglichkeiten von den kontingenten Konstellationen des geschichtlichen Moments ab. (Fortzusetzen)« (DA 317/2016)

Hatte sie etwa den fehlenden dialektischen Schachzug gefunden? Es scheint, dass nein. Sondern »aus dem weiteren Weltzusammenhang« war ihr die Aufgabe zugefallen, das Land durch die Covid-19-Pest zu steuern. Und hier tat die studierte Physikerin genau das, was Thunberg den Mächtigen der Welt zugerufen hatte: Demonstrativ, vor laufenden Kameras, hörte sie ein ums andere Mal auf Wissenschaftler. Der Bevölkerung erklärte sie in ihrer bedächtigen Art die Maßnahmen, die darauf abgestimmt waren, die Belastung der klinischen Kapazitäten des Landes auf der Zeitachse zu entzerren, um den momentanen Zusammenbruch der Krankenversorgung zu vermeiden und die Sterberate so niedrig wie eben möglich zu halten.

Das war ihre Stärke. Die Thronprätendenten verzog es in die Kulissen. Die Zustimmungswerte holten die Verluste auf, ihre persönlichen wie die ihrer Partei, deren Vorsitzende sie nicht mehr war, doppelt dafür wieder *ihre* Kanzlerin.

Oder war dies doch ein praktisch-dialektischer Schachzug? Wenn ja, bestand er in nichts anderem als der unaufgeregt selbstverständlichen Weise, in der sie den ihr zufallenden Auftrag des geschichtlichen Moments annahm und den seuchenpolitischen Ausnahmezustand *erklärte*, dies im ungewöhnlichen Doppelsinn von *deklarieren* und *erläutern*. Biblisch: Die Sonne der Arbeit musste stillstehen im Limbus zwischen Nacht und Tag. Dabei war der deutsche Ausnahmezustand nur ein interdependentes Moment des Weltausnahmezustands. Als selber gemessenes Maß im transnationalen Sich-Vergleichen wogte das Ansehen der Kanzlerin hin und her. Abstechend von der erratischen Fahrlässigkeit Trumps an der Spitze des Landes, »dessen Präsidenten seit dem Zusammenbruch des Systemantagonisten immer zugleich eine informelle Weltpräsidenschaft zufällt« (Haug, *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, 2012, 13), zugleich kontrastierend mit dem Gegenextrem, dem verspätet-rigorosen Effizienzweg der VR China, aber auch mit dem Hinterherhinken und der Unterversorgung der meisten europäischen Nachbarländer, gab sie einer überwältigenden Mehrheit der Deutschen mitten in der Notlage der Null-Kurzarbeit das Gefühl von »Maß und Mitte« wieder.

III.

Unterm beruhigenden Schirm dieser Einsicht in eine Not-Wendigkeit aber vollzog sich das Paradox eines *kontinuistischen Bruchs*. Damit die Dinge relativ gleichblieben, mussten einige strategische Schaltungen radikal revidiert werden: Für den geschichtlichen Moment war Schluss mit dem Verschuldungsverbot für den Staat sowie mit der Auslieferung von Gemeingütern und Einrichtungen der Daseinsvorsorge an Profitinteressen. Und die Volksseele, verstört von der hinterrücks ihre Lebenswelt aushöhlenden Digitalisierung, von der sie in bewusster Selbstfeindschaft zugleich nicht lassen wollte, erhielt einen Schnellkurs in Digitalisierung des Sozialen. Distanz, Schutz der Sinne vor der Sinnlichkeit war das erste Gebot, Forcierung der digitalen Distanztechnologien der Balsam auf der Seele der von eben jener Ausblutung der Nähe Verstörten. Denn quer zu den Klassenschranken erzog das Distanz- und Zuhausebleibgebot dazu, Zuflucht bei der digitalen alias virtuellen Distanzkommunikation zu suchen. Auf so mancher Ebene des Sozialen kam man auf den Geschmack, wenn auch in den obersten Stockwerken nicht nach jedermanns Geschmack. Der bereits w.o. zitierte Thomas Thiel ging der »mit dem Digitalsemester aufgekommene Befürchtung« nach, »das Vakuum der Pandemie werde für die schleichende Auszehrung der Präsenzuniversität genutzt«.

»Präsenz-Universität« als etwas, das als Sonderform eines Bindestrich-Namens bedarf? Welch ein Aufwort für eine Universität, deren alte, immer wieder neu sich stellende *geistige Aufgabe* der große Religionsphilosoph Klaus Heinrich, Mitgründer der FU Berlin, darin begreift, »der Gesellschaft, deren Teil sie ist, das Bewusstsein

ihrer selbst zu geben, das sie ihre unbewältigten Konflikte erst einmal erkennen lässt« (»Erinnerungen an das Problem einer freien Universität«, DA 43/1967, 101). Eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten des Kapitals geführte Institution trüge den Titel Universität nur mehr als Fassadendekor. Von »Präsenz-Universität« zu sprechen, deutet auf das in einigen Machtetagen angepeilte Ziel einer eben solchen digitalen Absenz-Universität, wie die vorübergehende Notschließung sie momentan erzwungen hatte. »Wer nicht da ist, kann auch nicht stören«, überschreibt Thiel seine Feldbesichtigung. »Die Bertelsmann-Stiftung, ein mächtiger Akteur der Bildungspolitik, macht sich seit langem für den Umbau der Hochschule in eine Art Bildungsfabrik stark«, und das mit ihr »verbundene Centrum für Hochschulforschung arbeitet wiederum mit der Hochschulrektorenkonferenz im Hochschulforum Digitalisierung« zusammen; der »Konzern selbst, der in das Geschäft mit der Online-Lehre eingestiegen ist, hat ein materielles Interesse an der digitalen Verwandlung der Universität«. Klar erscheint auch, dass angesichts der »Corona-Schulden Finanzminister nach Sparmöglichkeiten suchen, und [...] bald entdecken [werden], dass das digitale Einheitsprodukt billiger ist als das physische Seminar vor Ort«. Angesichts analoger Bestrebungen der Konzerne sind die Bewertungen »von Unternehmen wie Zoom oder der Microsoft-Tochter Skype hochgeschneit«. Didaktische Vorzüge, die Lernchancen der Studierenden betreffend, sind es gewiss nicht. Beim größten derartigen Distanzprogramm, den Massive Open Online Courses (MOOC), liegen die Abschlussquoten anscheinend unter fünf Prozent.

Insgesamt zündete in den Vorstandsetagen die Idee, die durchs Anticorona-regime transitorisch erzwungene Zuhausearbeit zum künftigen Dauerzustand zu machen. Nachdem in den oberen Etagen der Bürotürme seit Jahren herumüberlegt worden war, wie die Zukunft der Arbeit aussehen könnte, hat laut Cydney Roach vom amerikanischen Beratungsunternehmen Edelman die Corona-Pandemie eine »Revolution« ausgelöst, weil erst sie schlagartig klargemacht habe, dass Heimarbeit funktioniert. Für Facebook, wo im Mai »95 Prozent der Belegschaft« zuhause arbeiteten – und zwar mit »höherer Produktivität, als von ihm erwartet«, wie Zuckerberg in einer internen Videokonferenz einräumte –, könnte dieser Arbeitsplatztransfer innerhalb von zehn Jahren »für etwa die Hälfte des Personals von zuletzt 48 000 Mitarbeitern gelten«. Nebenbei soll ihr Gehalt »an die Lebenshaltungskosten an ihrem Wohnort angepasst werden«, also entsprechend sinken, wenn sie »nicht mehr in teuren Gegenden wie dem kalifornischen Silicon Valley oder New York leben, wo Facebook große Büros unterhält«. Ähnliche Pläne der Verlagerung des Arbeitsgeschehens aus den Büros in die Privatsphäre hat neben anderen Unternehmen auch Twitter angekündigt. Aus einer Umfrage unter 300 Unternehmen weltweit gingen im April 2020 neunundachtzig Prozent davon aus, dass auch nach dem Ende der Pandemie der Trend zum Homeoffice anhalten werde. Ein mächtiger Magnet ist die durch Kostenreduktion an Gebäuden bei freiwilliger Steigerung der Ausbeutungsrate durch extensive wie intensive Steigerung der relativen Mehrarbeit seitens der Angestellten steigende Profitrate: »Nach Angaben des Technologieunternehmens NordVPN, das für Telearbeit nötige VPN-Zugänge anbietet, machten die Ange-

stellten während der Corona-Krise zu Hause massiv Überstunden: In Frankreich saßen sie demnach im Schnitt zwei Stunden, in den Vereinigten Staaten sogar drei Stunden länger am Rechner – pro Tag.« (FAZ, 25.5.20)

IV.

Die Frage, ob und welche Weichenstellungen in Richtung auf eine ökologische Produktionsweise möglich sein werden, wird sich letztlich nur in Ansätzen auf nationalstaatlicher Ebene entscheiden lassen, schon gar nicht von einer Mittelmacht wie der Bundesrepublik. Am ehesten könnte die Europäische Union etwas Wirkliches in dieser Richtung auf den Weg bringen und das fälschlich so genannte »Wiederaufbauprogramm« in ein Neuaufbauprogramm nach vorn verwandeln. Innerhalb der EU ist die Bundesrepublik ökonomisch hegemonial wie Frankreich nuklear-militärisch. Aber in der Großen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 hat die Bundesrepublik unter Merkel sich dem hegemonialen Opfer verweigert. Die historische Aufgabe, die Fehlkonstruktion einer EU mit gemeinsamem Markt und (im Kern) Einheitswährung, aber ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Neutralisierung der zentrifugalen Effekte der ungeheuer auseinanderklaffenden Produktivitätsniveaus zu korrigieren, wurde unter Merkels Losung, die BRD werde »gestärkt aus der Krise hervorgehen«, zugunsten einer Germany-first-Politik abgewiesen. Seitdem existiert die EU nur mehr auf Probe. Nun, da eine viel tiefere Weltwirtschaftskrise droht, stellt sich die Frage geballt erneut und historisch vermutlich zum letzten Mal. Die Einsicht ist gewachsen, dass Europa, wenn es wieder versagt, scheitern wird.

Derweil bieten die USA und China sich den auseinanderstrebenden EU-Ländern an. Sie tun es aus gegensätzlichen Motiven und in sachlich konträren Formen, die USA militärisch, China ökonomisch. Der Konflikt zwischen den beiden ungleichen Großmächten verschärft sich durch den Versuch der absteigenden USA, dem aufsteigenden China von Mal zu Mal gefährlich größere Steine in den Weg zu legen. Und während die USA – außer im Militärischen – als nun wirklich zunehmend »ehemaliger« Welthegeemon zuhause tief gespalten sind, zeigen ihre verfeindeten Parteien sich einig gegen China. Die Bundesrepublik laviert in diesem Gegensatz halbherzig. Sie verteidigt an der Seite Chinas diejenigen Elemente an Weltordnung, die deren Zug um Zug erfolgenden Abriss seitens der USA unter Trump noch überlebt haben. Sie steht dabei auf verlorenem Posten, was das Vertragswerk zur Rüstungskontrolle betrifft, während sie zusammen mit den anderen Signatarmächten des Iran-Abkommens wie die EU insgesamt beschämend opportunistisch agiert und unterm Strich nur Worte macht. Die Welthandelsorganisation und zuletzt die Weltgesundheitsorganisation wanken, aber stehen noch. Das deutsche Industriekapital wiederum hat zwei Seelen in seiner Brust: Die eine – nehmen wir Volkswagen als pars pro toto – schließt auf dem chinesischen Markt und in ihren dortigen Produktionsanlagen wieder an die Erfolge der Vorcoronazeit an, während in Europa und den USA der Markt noch nahezu tot und daher auch die Produktion kaum wieder angefahren ist. Die andere beobachtet die Entwicklung von Wissenschaft, Technologie

und industrieller Kompetenz Chinas mit den Augen der – *noch!* – in Teilmärkten selber Führenden, die im unverzichtbaren Abnehmer von heute den ebenbürtigen Konkurrenten von morgen fürchtet. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Situation ist die einer systematischen Gespaltenheit: Gute, beidseitig vorteilhafte Beziehungen auf so vielen Ebenen wie möglich, zugleich permanente Scharfhaltung der politisch-kulturellen Systemkritik, aber bemüht, sie unter Kontrolle zu halten, um die Handelsbeziehungen und politischen Kooperationen nicht zu gefährden. Die USA aber und das, was von ihrem Netz atlantizistischer Agenturen die Zerstörung der Bündnisbeziehung zugunsten der Vasallenzumutung – das Ende der Hegemonie im klassischen Sinn – überlebt hat, mischen in der deutschen Chinapolitik via Meinungsbildung kräftig mit. In einer berühmten Sendung auf Basis zweier gediegener medienwissenschaftlicher Analysen aus den einschlägigen Instituten der Universitäten Würzburg und Leipzig hat die Satiresendung *Die Anstalt* diese erstaunliche Durchdringung des deutschen Medienwesens einem Millionenpublikum vor Augen geführt. Hier zwei tagesaktuelle Beispiele für die resultierende Propagandakriegsführung: »Tausende Hongkonger protestieren gegen China«, überschrieb die *Frankfurter Allgemeine* am 25. Mai 2020 ihren Hauptaufmacher auf der Titelseite. Wir müssen uns nur vorstellen, *China Daily* brächte auf der Titelseite ein großes Foto von einer der Demonstrationen gegen die Anticorona-maßnahmen der Bundesregierung und die Schlagzeile: »Tausende Stuttgarter demonstrieren gegen Deutschland.« Oder nach der polizeilichen Ermordung des schwarzen US-Bürgers George Floyd: »Hunderttausende US-Amerikaner demonstrieren gegen die USA«. Unabhängig davon, ob die zugrundeliegenden Konfliktfälle vergleichbar sind, springt die in der Formulierung versteckte Politik ins Auge: Wie die *ad absurdum* fingierte Überschrift die Aberkennung der Zugehörigkeit Stuttgarts zur Bundesrepublik Deutschland implizieren würde, so transportiert jene wirkliche FAZ-Überschrift die Aberkennung der Zugehörigkeit Hongkongs zu China. Von allem andern abgesehen, ist sie geschichtsblind kolonialistisch. – Am selben Tag brachte die *Welt* einen Artikel gegen die Freie Universität Berlin, weil 2019 in ihren seit langem bestehenden Kooperationsvertrag mit der Peking-Universität die Förderung der chinesischen Ausgabe des HKWM aufgenommen worden ist. Unter der Überschrift »Wie sich eine deutsche Elite-Uni dem Regime in China andient« heißt es u. a.: »Beide Universitäten betrachten das Projekt als ›wichtigen Teil der strategischen Partnerschaft‹, heißt es im Abkommen. Und darum geht es: Eine Förderung der chinesischen Ausgabe des ›Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus‹, welches 1983 ein ehemaliger FU-Professor gestartet hat und das seit 2017 von der PKU ins Chinesische übersetzt wird – es muss natürlich auch von der Zensurbehörde abgesegnet werden. Sebastian Heilmann, China-Experte von der Uni Trier, kritisiert das deutlich: Nach den Kriterien einer freien, ergebnisoffenen Forschung sei dieses Projekt ›sehr problematisch‹, sagt er. Da der Marxismus in China Teil der Staatsideologie ist, sei die Übersetzung derartiger Wörterbücher zuallererst politischen Auswahl- und Bewertungskriterien unterworfen. ›Mit autonomer, kritischer Wissenschaft hat die Marxismus-Forschung in China nichts zu tun‹«.

Achselzuckend mag man das abtun als geradezu gleichgültig zusammengelutschten Tendenzjournalismus, der die Grenze zum Kabarett überschreitet (1983, vom sozialdemokratischen Minister Peter Glotz vier Jahre zuvor berufener Philosophieprofessor = »ein ehemaliger FU-Professor«). Offenbar ein journalistischer Auftragsmord ohne Recherche. Kein Gedanke daran, dass ein historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus doch des Teufels für jeden ideologischen Zensor sein muss. Kein Interesse dafür, dass nicht das parteimarxistische Institut, sondern die Fakultät für Sozialwissenschaften und die Politologie die Ausgabe machen, es sich also seitens der Peking-Universität um einen Akt wissenschaftlicher Autonomie handelt und solche in die Zukunft weisenden Initiativen also zum heutigen China gehören. Hier passt das Urteil Joachim Müller-Jungs, des redlichen Wissenschaftsredakteurs der FAZ, dass »zu dem bedauerlichen Unverständnis unserer Wissenschaftskultur noch eine beispiellose Niveaulosigkeit hinzukommt«. Sein Anlass ist, dass »sich die Attacken der ›Bild‹-Zeitung und ihrer Twittergefolgschaft auf den Charité-Virologen Christian Drosten und die Regierung Merkel ins Absurde gesteigert« haben (»Wahrheit im Corona-Style«, FAZ, 29.5.2020). Es wird nicht auf sich warten lassen, dass die deutsch-chinesischen Kooperationsprogramme der Bundesregierung, mit denen das HKWM-Übersetzungsprojekt sich in einiger Hinsicht vergleichen ließe, ähnlich denunziert werden wie jetzt die Freie Universität. Schon jetzt schwört der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer »Deutschland und Europa darauf ein, ›sich gemeinsam mit den USA für ein konsequentes Abkoppeln von China zu entscheiden‹. Sonst begäbe man sich ›auf den schleichenden Weg zur chinesischen Kolonie‹« (Mark Siemons, »Die Zweiteilung der Welt«, FAS, 24.5.2020). Die Cover-Montage zweier Momentaufnahmen (oben: Distanzschlafplätze für Wohnungslose auf einem US-Parkplatz, unten: Distanzessen in einer chinesischen Fabrik) steht für die offene Frage nach den kommenden weltpolitischen Bedingungen, unter denen die nicht mehr aufgebare Frage nach Wegen zu einer ökologischen Produktionsweise spätestens dann wieder angepackt werden muss, wenn der pandemische Nebel, den die Natur über die Szene geworfen hat, sich wieder verzieht und der Umgang mit seiner pandämonischen Quelle wieder oben auf die Tagesordnung tritt.

WFH